

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

18.04.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Bund sichert sich Ersatzröhren der Nord Stream 2</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 18.04.2023</i> .....	3
2   <b>Bundesamt erklärt die lange Suche nach dem Atommüll-Endlager</b> <i>ndr.de, 17.04.2023</i> .....	4
3   <b>Spät, teuer, willkommen</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 18.04.2023</i> .....	5
4   <b>Wie es nach dem Ausstieg weitergeht</b> <i>sueddeutsche.de, 14.04.2023</i> .....	7
5   <b>Am Ende steht: Nein, danke!</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 15.04.2023</i> .....	9

Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 18.04.2023 | S. 15

Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

Martina Rathke

## ENERGIEVERSORGUNG

# Bund sichert sich Ersatzröhren der Nord Stream 2

## Trotz Kritik von Umweltverbänden und Bürgern der Insel soll der Bau des geplanten LNG-Terminals vorangetrieben werden

Trotz Widerstands gegen den Bau des LNG-Terminals vor Rügen schafft der Bund Tatsachen: Der Bund hat Tausende in Sassnitz lagernde Nord-Stream-2-Ersatzrohre für den Bau der Pipeline für das geplante Ostsee-Terminal gekauft. Nach umfassender Betrachtung aller relevanten und auch sanktionsrechtlichen Fragen seien für den Aufbau des LNG-Ostseestandortes die Ersatzröhren der Nord Stream 2 AG erworben worden, sagte eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums auf OZ-Anfrage. Zum Kaufpreis und zu der genauen Anzahl der gekauften Röhren machte der Bund mit Verweis auf die Vertraulichkeit keine Angaben.

Die Verhandlungen über den Kauf hatten sich über Monate hingezogen, nicht zuletzt wegen der seit 2019 geltenden US-Sanktionspakete gegen die Nord Stream 2 AG, die mittlerweile von einem Sachwalter der schweizerischen Firma Transliq vertreten wird. „Bezüglich der US-Sanktionen wurden alle notwendigen Fragen mit den zuständigen US-Behörden geklärt“, so die Ministeriumssprecherin. Laut Ministerium hatte die EU keine direkten Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG beziehungsweise Gazprom erlassen. In Sassnitz lagern rund 6000 betonummantelte Stahlrohre, die für den Bau der Pipeline nicht benötigt wurden. Mit den Rohren erwarb der Bund auch notwendige Unterlagen Messungen und Gutachten, die während der Planung erstellt wurden.

Unklar ist weiter, wo genau in der Ostsee die Anlegertower für die LNG-Tanker errichtet werden sollen. Der Standort rund fünf Kilometer vor Sellin ist vom Tisch. Im Rennen sind offenbar weiter der Hafen Sassnitz-

Mukran und verschiedene Offshore-Standorte. Es gelte, „einen für Mensch, Umwelt und Energieversorgung tragfähigen Standort zu realisieren“, hieß es aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Die Entscheidung solle so schnell wie möglich gefällt werden. Dazu gebe es Gespräche mit dem Land. Aus Schwerin hieß es, man prüfe „weitere Offshore-Standorte nordöstlich und südöstlich von Rügen“. Solange der Standort für die Anlegertower nicht feststeht, tritt auch das laufende Genehmigungsverfahren für den Bau der durch den Greifswalder Bodden nach Lubmin führenden Pipeline auf der Stelle. „Wir können über den beantragten Bau der Pipeline derzeit nicht entscheiden“, sagt der Chef des Bergamtes Stralsund, Thomas Triller. Da der Streckenverlauf noch nicht feststehe, seien die Genehmigungsvoraussetzungen für den Pipelinebau nicht gegeben. Ursprünglichen Planungen zufolge sollte Mitte Mai - nach Ende der Heringslaichzeit im Greifswalder Bodden - die Verlegung der Pipelinerohre beginnen, damit das Terminal Ende 2023 an den Start gehen kann. Das Land hält eine Inbetriebnahme dann für möglich, „wenn es in den nächsten Wochen eine Entscheidung für einen Standort mit einer technisch umsetzbaren Variante gibt“.

Auf Rügen stößt der Bau des Terminals auf massiven Protest. Die Bewohner sorgen sich um den Tourismus und befürchten negative Auswirkungen auf die Umwelt. Umweltverbände DUH und der BUND zweifeln an der energiepolitischen Notwendigkeit. Eine Petition mit mehr als 50 000 Unterschriften soll voraussichtlich am 8. Mai im Petitionsausschuss des Bundestages beraten werden.

## Bundesamt erklärt die lange Suche nach dem Atommüll-Endlager

*Wie wahrscheinlich ist ein Atommülllager bei Schwerin? Wie lange dauert die Suche? Mitarbeiter der Energiesicherheit erklären auf dem Schweriner Marktplatz die lange Suche nach dem Atommüll-Endlager.*

Die letzten drei deutschen Kernkraftwerke sind vom Netz gegangen. Was bleibt ist atomarer Müll und der muss irgendwo hin. Im Gespräch sind etwa 90 Regionen innerhalb Deutschlands, in denen ein solcher Standort denkbar wäre, darunter auch Flächen Mecklenburg-Vorpommern. Auf dem Schweriner Marktplatz steht noch bis Dienstagnachmittag ein Infomobil des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Vor Ort erklären Mitarbeiter den Prozess der Endlager-Suche. Besucher können sich aber auch informieren, wie sie sich an der Suche künftig beteiligen können.

### **In vier Jahren soll es eine erste Auswahl für Atommüll-Endlager geben**

Das Bundesamt rechnet mit einem langwierigen Prozess. Knapp die Hälfte der Fläche Deutschlands kommt geologisch von vornherein nicht in Betracht. Der Rest der Fläche wird anhand vorhandener Informationen nach möglichen Standorten überprüft. In rund vier Jahren sollen sie festgelegt werden. Dort sollen dann weitere Untersuchungen bis Anfang der 2040er-Jahre einen geeigneten Standort ergeben.

Auch nach der Standort-Wahl in etwa 20 Jahren rechnet die Behörde mit weiteren jahrelangen Untersu-

chungen, Einsprüchen und Gegengutachten. Vor 2060 wird nicht mit einer Fertigstellung gerechnet, so die Behörde für Energiesicherheit. Fast 2.000 Atom-Müll-Behälter, sogenannte Castoren, müssen für eine Million Jahre sicher verwahrt werden. Das Infomobil steht am Montag noch bis 19 Uhr und am Dienstag von 10 bis 17 Uhr auf dem Marktplatz.

### **Hochradioaktiver Müll stammt aus verbrauchten Brennelementen**

Die Endlagersuche für Atommüll wird durch das sogenannte Standortauswahlgesetz geregelt. Es schreibt vor, dass der Standort die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleisten muss. Für diesen Zeitraum sollen Mensch und Umwelt vor der gefährlichen Strahlung geschützt werden. Der hochradioaktive Atommüll, der vor allem aus verbrauchten Brennelementen aus Kernkraftwerken stammt, macht etwa fünf Prozent der Gesamtmenge der in Deutschland anfallenden radioaktiven Abfälle aus, dafür aber 99 Prozent der Strahlung.

Frühere Versuche, einen Endlager-Standort für diese Abfälle zu finden, etwa im niedersächsischen Gorleben, scheiterten am Protest der Bevölkerung.

## Spät, teuer, willkommen

### In Finnland geht endlich der Atomreaktor Olkiluoto 3 ans Netz

**Stockholm** – Deutschland steigt aus, Finnland fährt hoch: Die letzten deutschen Atomkraftwerke waren noch keine zehn Stunden abgeschaltet, da ging in Finnland Olkiluoto 3 ans Netz. Der Druckwasserreaktor mit einer Leistung von 1600 Megawatt ist der größte Atomreaktor Europas und deckt seit Sonntagnacht 14 Prozent der finnischen Stromproduktion ab. Rechnet man die beiden Reaktorblöcke Olkiluoto 1 und 2 hinzu, die seit 1979 und 1982 im kommerziellen Betrieb sind, kommen künftig etwa 30 Prozent des finnischen Stroms aus dem AKW Olkiluoto. Der neue Kraftwerksblock soll mindestens für die nächsten 60 Jahre Strom produzieren.

Das Ende 2003 beim deutsch-französischen Areva-Siemens-Konsortium in Auftrag gegebene AKW sollte ursprünglich 2009 fertig werden und drei Milliarden Euro kosten. Baubeginn war 2005. Die schwedische Strahlenschutzbehörde schätzte bereits damals, dass der Zeit- und Arbeitsaufwand deutlich unterschätzt würde. Sie sollte recht behalten: Bereits im ersten Baujahr kam es zu Verzögerungen, unter anderem, weil beim Herstellen der Fundamente falscher Beton verwendet worden war.

Immer wieder wurden später Fertigungstermine angekündigt und gerissen, immer wieder gab es Pannen, zuletzt wurden lose Teile im Turbinensystem und Schäden in den Speisewasserpumpen entdeckt. Die Bauarbeiten zogen sich derart lange hin, dass einige Komponenten bereits ausgetauscht werden mussten, bevor das AKW überhaupt ans Netz ging.

Am Ende hat es 18 Jahre gedauert und dürfte nach Expertenmeinung rund elf Milliarden Euro gekostet haben, also fast viermal so viel wie geplant. Dennoch gab es in Finnland kaum je Debatten um die Anlage. Das ist umso erstaunlicher, als die Verzögerungen sich auf den Geldbeutel jedes Finnen auswirkten: Das Land musste über Jahre zwanzig Prozent seiner Energie teuer aus dem Ausland importieren, um die Planungslücke zu schließen, die durch die verspätete Fertigstellung entstand. Das führte dazu, dass Finnland zeitweise die höchsten Strompreise Nordeuropas hatte.

Ähnlich war es mit dem atomaren Endlager Onkalo, das in unmittelbarer Nähe zu den drei Olkiluoto-Kraftwerken liegt. 1994 verpflichtete sich das Land, allen in Finnland erzeugten Atommüll innerhalb der eigenen Landesgrenzen zu lagern. 2000 wurde beschlossen, das Endlager in der Nähe des AKWs Olkiluoto zu bauen, schließlich fallen dann Transportwege weg.

Eine große Debatte oder gar Proteste gegen das Endlager gab es dagegen eigentlich nie, selbst in Eurjakoi, einem Dorf 15 Kilometer entfernt von Onkalo und in Sichtweite der drei Reaktoren, stand man dem ganzen Projekt immer wohlgesonnen gegenüber und freute sich vor allem, dass die Betreiberfirmen einen Kindergarten versprochen und Gewerbesteuer in die Kasse spülten. Onkalo will 2025 mit der Einlagerung der Brennstäbe anfangen.

Olkiluoto 3 ist das fünfte Atomkraftwerk in Finnland. Ein sechstes war bis vor Kurzem auch noch geplant – in Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom. Dieses Projekt wurde kurz nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine abgeblasen.

Die staatliche finnische Firma Fortum kauft aber weiterhin mindestens bis 2030 Uranbrennstäbe über Rosatom aus Russland – das aber wird in der Öffentlichkeit kaum thematisiert, Deutschlands Gasimporte aus Russland hingegen wurden sehr kritisch kommentiert. All das zeigt, wie populär die Atomkraft angesichts der Erderwärmung und der Klimakrise als Alternative zu Kohle ist. Und, wie zumindest Kritiker sagen, wie naiv die Finnen in Bezug auf die Kernkraft sind.

Bei einer Umfrage im Herbst 2022 waren 83 Prozent der Finnen der Atomkraft gegenüber positiv eingestellt; das sind noch mal 15 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 60 Prozent befürworteten sogar einen Ausbau – auch eine knappe Mehrheit unter den Anhängern der Grünen. Aktuell besteht die finnische Stromversorgung zu 40 Prozent aus Atomstrom; der Rest ist vor allem Wind- und Wasserkraft.

**Der Anteil der Finnen, die der Atomkraft gegenüber positiv eingestellt sind, ist gewachsen.**

📄 sueddeutsche.de | 14.04.2023

👤 Michael Bauchmüller, Thomas Hummel

🔗 WEBLINK

## ATOMENERGIE

# Wie es nach dem Ausstieg weitergeht

*Steigende Emissionen, steigende Strompreise, Nachteile im Wettbewerb: Was ist dran an den Sorgen rund um das Ende der Atomkraft? Wichtige Fragen und Antworten.*

Steigende Emissionen, steigende Strompreise, Nachteile im Wettbewerb: Die Sorgen rund um das Ende der letzten Atomkraftwerke sind groß. "Fahrlässig und unverantwortlich" nennt die CDU-Wirtschaftsministerin Julia Klöckner die Abschaltung der Reaktoren, "steigende Energiepreise und mehr klimaschädliches CO<sub>2</sub> inklusive." Was ist dran an den Sorgen - und was steht dem Land nach dem Ausstieg bevor? Ein Überblick.

### **Drohen Engpässe bei der Stromversorgung, wenn die AKWs abgeschaltet sind?**

Die drei Atomkraftwerke, die nun abgeschaltet werden, deckten zuletzt noch fünf Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Ein Engpass droht nicht: Denn Deutschland erzeugt seit Jahren im Schnitt mehr Strom, als es selbst braucht. Im Februar etwa exportierte das Land doppelt so viel Strom, wie die Atomkraft erzeugte. Nach Auffassung der Bundesnetzagentur wird man sich bis 2030 keine Sorgen um eine stabile Stromversorgung machen müssen. Am Strommarkt könne "in allen Stunden des Jahres die Last jederzeit gedeckt werden", heißt es in einem Bericht der Bonner Behörde. Auch ein "engpassfreier Netzbetrieb" sei gewährleistet.

### **Wird deutscher Atomstrom nun durch solchen aus Frankreich oder Tschechien ersetzt?**

Der Stromfluss in Europas Netz kennt keine Grenzen, also landet auch Atomstrom aus den Nachbarländern in Deutschland. Vor allem, wenn Windräder stillstehen und kein Sonnenstrahl die Solarzellen streift. Allerdings gehört das zur Normalität im europäischen Stromverbund - und kann tags darauf umgekehrt laufen. Deutschland erzielte 2022 nach Angaben des Fraunhofer-Instituts für solare Energiesysteme einen Stromexport-Überschuss von etwa 26 Terawattstunden. Das entspricht rund fünf Prozent der deutschen Erzeugung. Allerdings war Frankreich

nach Österreich der zweitgrößte Importeur deutschen Stroms. Deutschland wiederum importierte vor allem aus Skandinavien Strom.

### **Produzieren wir künftig mehr CO<sub>2</sub>?**

Bei der Stromerzeugung sind die deutschen Emissionen zuletzt deutlich gestiegen - vor allem, weil Kohlekraftwerke ans Netz gingen. In Zeiten der Gaskrise sollte das Engpässe verhindern. Doch europaweit kann das nicht zu höheren Emissionen führen - dafür sorgt der sogenannte Emissionshandel. Er setzt eine Höchstgrenze für den klimaschädlichen Ausstoß von Kraftwerken und Fabriken fest, und das in Form handelbarer CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Wenn Kohlekraftwerke also mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen, werden diese Zertifikate knapper, und ihr Preis steigt. Das wiederum macht klimafreundliche Alternativen attraktiver, etwa Ökostrom. Von Jahr zu Jahr verknappt die EU die Menge der Zertifikate - und damit die Emissionen.

### **Steigen die Strompreise?**

Wie alle Märkte folgt auch der für Strom dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Mit dem Aus für die Atomkraftwerke wird das Angebot nun leicht verknappt, tendenziell lässt das die Preise steigen. Das gilt insbesondere dann, wenn durch die Knappheit die derzeit teuersten Anlagen ans Netz müssen, die Gaskraftwerke. Allerdings hat sich mit den Gaspreisen zuletzt auch der Strompreis stabilisiert, wenngleich auf deutlich höherem Niveau als noch vor zwei Jahren. Einen Teil der wegfallenden Strommenge dürften erneuerbare Energien ersetzen. Der Zubau von Wind- und Sonnenenergie zog zuletzt an. In den ersten drei Monaten 2023 ging laut Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur im Vergleich zum Vorjahr fast doppelt so viel Kapazität an Windenergie ans Netz, auch bei der Solarenergie geht es weiter nach oben. Die Situation dürfte sich weiter entspannen, sind erst die nötigen

Stromleitungen fertig.

### **Gibt es Nachahmer des deutschen Ausstiegs?**

Nein. Schweden etwa wollte ursprünglich mal bis 2010 ausgestiegen sein - nun erwägt die neue Regierung den Neubau von Atomkraftwerken. Auch die Niederlande planen den Bau zweier neuer Reaktoren, in Belgien wurden die Laufzeiten der beiden jüngsten Reaktoren bis 2035 verlängert. Die Nachbarn Polen und Tschechien planen ebenfalls Neubauten. Die häufig beschworene Renaissance der Kernenergie bleibt dennoch bisher aus: Von den 57 Reaktoren, die derzeit in Bau sind, finden sich die meisten in China, Indien und Russland. Die wenigen Projekte in Europa, etwa in Großbritannien, Frankreich und Finnland, kämpfen dagegen mit Verzögerungen und immensen Baukosten. Derweil altert der Rest: Im Schnitt sind die weltweit 412 Reaktoren älter als 31 Jahre. Das meiste Geld fließt global mittlerweile in erneuerbare Energien und ihre Infrastrukturen: Nach Zahlen der Internationalen Energie-Agentur machen sie 80 Prozent aller Strominvestitionen aus.

### **Was passiert jetzt in den deutschen Kraftwerken?**

Laut Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung befinden sich aktuell 27 deutsche Atomkraftwerke im Rückbau, einige seit vielen Jahren. Der Rückbau ist, schon wegen der Kontamination, nicht weniger aufwendig als ein Neubau. Bei den drei Anla-

gen, die nun abgeschaltet werden, handelt es sich um Druckwasserreaktoren. Am stärksten ist hier der sogenannte Primärkreis kontaminiert - hier wurde per Kernspaltung jener Wasserdampf erzeugt, der letztlich, in einem zweiten Kreislauf, die Stromgeneratoren antrieb. Dieser Primärkreis muss mit Säure gespült werden, um ihn zu dekontaminieren. Erst dann können schrittweise die verstrahlten Bauteile demontiert werden. Experten rechnen mit zehn Jahren für den Rückbau eines Atomkraftwerks - freilich erst, wenn alle Genehmigungen dafür erteilt sind.

### **Was passiert mit dem Atommüll?**

Verpackt in Castor-Behälter sollen die abgebrannten und abgekühlten Brennelemente in ein unterirdisches Endlager, nach dem in einem aufwendigen Verfahren gesucht wird. Eigentlich sollte der Ort dafür bis 2031 gefunden sein, doch die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung rechnet inzwischen nicht mehr vor 2046 mit einer Entscheidung für den Standort. Bis dahin muss der Atommüll zwischengelagert werden, in Hallen neben den Atomkraftwerken. Allerdings laufen auch deren Genehmigungen aus, die ersten 2034. Etwas besser sieht die Lage für Abfälle aus, die schwach- oder mittelradioaktiv sind, etwa kontaminierter Schutt der Atomkraftwerke. Seit vielen Jahren wird dafür das einstige Erzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter ertüchtigt. 2027 soll es fertig sein - Stand jetzt.

## Am Ende steht: Nein, danke!

**Es ist der Schlusspunkt in einem bemerkenswerten Kapitel deutscher Geschichte: Trotz Energiekrise und Last-Minute-Zweifeln werden die noch verbliebenen Reaktoren stillgelegt. Warum die Bundesbürger so nachhaltig mit der Atomkraft gehadert haben**

**Die Anfangseuphorie ist schnell verfliegen, es folgen Jahrzehnte der Bürgerproteste, sogar eine eigene Partei entsteht aus der Anti-Atomkraft-Bewegung. Schließlich ein Abschied auf Raten. An diesem Samstag gehen in Deutschland die letzten drei AKWs vom Netz**

Die ganze Geschichte beginnt in einem Weinkeller in Haigerloch, nicht weit von der Schwäbischen Alb. Im Zweiten Weltkrieg quartiert sich hier der „Uranverein“ um den späteren Physik-Nobelpreisträger Werner Heisenberg ein, man will spaltbares Material gewinnen. Letztlich ist das, auch wenn das die Forscher später bestreiten, die Vorarbeit für eine Atombombe, aber weit kommen sie ohnehin nicht. Die Kettenreaktion im Weinkeller kommt einfach nicht in Gang. Geschichte schreibt der Keller dennoch: Er beherbergt Deutschlands ersten Reaktor. Eine Ära beginnt.

An diesem Samstag geht die Ära zu Ende. Mit Isar 2, Neckarwestheim 2, Emsland stellen die letzten drei deutschen Atomkraftwerke den Betrieb ein. Die letzten drei von knapp drei Dutzend Reaktoren, die in diesem Land mal Strom erzeugt haben, in Ost und West. Drei von zuletzt 17 Atomkraftwerken, die nach dem Reaktorunglück in Fukushima peu à peu vom Netz gingen. Es ist ein Kapitel deutscher Geschichte, das von mehr handelt als nur einer Form der Stromerzeugung. Es erzählt von den Verheißungen technischen Fortschritts, vom Umgang mit Ängsten und Risiken, vom Verhältnis zwischen Bürger, Staat und Wirtschaft. Und von einem politischen Zickzackkurs, wie ihn die Republik nie erlebt hat.

Die Dokumente der Anfänge lesen sich wie Relikte einer fernen Zeit, aber sie waren lange gut versteckt. Die Suche danach bezeichnet der Historiker Joachim Radkau bis heute als das „erste große Abenteuer“ seines Forscherlebens. 1977 durchforstete er alte Unterlagen, die der Bund in einer Flughafen-Baracke verstaut hatte. Er freundete sich mit dem einstigen Atomminister Siegfried Balke an und lernte die Witwe Heisenbergs

kennen, die ihm dessen Nachlass öffnete. Die Atomgeschichte habe ihn gefesselt, sagt Radkau. „Ich kenne kein anderes Thema in der bundesrepublikanischen Geschichte, bei dem es auch nur im Entferntesten so eine interessante Kontroverse gab.“

Doch die Geschichte beginnt gar nicht kontrovers, sie beginnt voller Hoffnungen. In den Fünfzigerjahren steht das Atom für den Fortschritt. Seine Kraft werde „unsere Epoche wirtschafts- und sozialgeschichtlich von anderen Zeitaltern gegenwärtig und auf unabsehbare Dauer“ unterscheiden, heißt es im 1956 erschienenen Buch „Wir werden durch Atome leben“ – mit Vorwort von Franz Josef Strauß. 1959 warnt das Godesberger Programm der SPD zwar vor den Gefahren der Atombombe. Aber es sieht auch „die Hoffnung dieser Zeit, dass der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann“. Forscher sinnieren darüber, wie sich mit unendlicher Energie Polkappen schmelzen und Grönland begrünen ließen. „Die Euphorie der Fünfziger wimmelte vor Absurditäten“, sagt Radkau. Kritische Stimmen gibt es auch, aber sie sind noch leise.

Doch die Euphorie hat einen Haken: Die deutschen Stromkonzerne wollen nicht viel davon wissen. Der mächtige RWE-Konzern hat gerade massiv in die Braunkohle investiert. Eine Energielücke drohe nicht, schreibt der Konzern 1962 an die Bundesregierung. Der Bau eines Atomkraftwerks sei derzeit „oder auch nur in absehbarer Zeit“ nicht erforderlich. Die Konzerne wollen nicht, der Staat aber schon: So beginnt jene unselige Verbindung, die am Ende so viel Vertrauen kosten soll. Der Staat übernimmt weite Teile der Haftung und, wo frühe Atom-Abenteuer wie der Reaktor Niederaichbach teuer enden, auch die Kosten. Der damalige Forschungsminister Gerhard Stoltenberg bietet RWE an, einen „Katalog von Bedingungen“ für den Bau zu stellen. Und er bekommt einen, postwendend.

Mitte der Siebzigerjahre gehen die beiden RWE-Blöcke

im hessischen Biblis nacheinander ans Netz. „Technik und Fortschritt sind zu loben“, reimt seinerzeit der katholische Ortspfarrer. „Wenn's schiefeht, seid ihr schnellstens oben.“

Zu diesem Zeitpunkt haben Technik und Fortschritt schon längst Kratzer. Der Widerstand wächst. 1975 besetzen 30 000 Menschen den Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl, unter ihnen viele Anwohner und Bauern. Die Pläne werden schließlich verworfen. Im Wald beim Bauplatz erinnert heute ein unscheinbarer Stein an den Konflikt, auf Alemanisch steht darauf: „Nai hämmer gsait!“ Nein haben wir gesagt. In Wackersdorf, Gorleben, Brokdorf und anderswo wiederholen sich die Szenen. Nicht selten sind es Menschen aus der bürgerlichen Mitte, die hier erste Bekanntschaft mit dem Wasserwerfer machen.

Die Gesellschaft hat sich verändert in den zwei Jahrzehnten. Die 68er haben mit Teilen der alten Obrigkeit aufgeräumt. Neben die Fortschrittsversprechen der Fünfziger- und Sechzigerjahre tritt zunehmend die Sorge um die Umwelt. Und es geht um Demokratie. „Dahinter stand die Frage: Wie geht der Staat mit Bürgern um, wenn die nicht wollen, was der Staat will?“, sagt Michael Sailer.

Sailer war 15 Jahre lang Mitglied der deutschen Reaktorsicherheitskommission, einige Jahr davon deren Chef. Es habe lange eine unheilvolle Nähe zwischen Atomkraft-Betreibern und Behörden gegeben, sagt er. „Wenn der Betreiber gesagt hat, genehmigt mir das, dann lief das auch.“ Listen von Störfällen dagegen bekam die Öffentlichkeit lange Zeit nicht zu Gesicht. „Es gab überall in der Industrie Geheimniskrämerei“, sagt Sailer. „Aber in der Atomenergie fiel es auf.“

Umso stärker war die Wirkung nuklearer Unfälle. Im März 1979 ist eine Traktor-Kolonnie auf dem Weg nach Hannover, der „Gorleben-Treck“. Die Bauern kämpfen gegen ein geplantes Atomzentrum im Wendland, samt Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), in der Landeshauptstadt wollen sie am „Gorleben-Hearing“ teilnehmen. Doch der Treck ist noch nicht dort angekommen, da ereilt ihn die Nachricht vom Reaktorunfall im amerikanischen Harrisburg. Was folgt, ist die bis dahin größte Anti-Atom-Demo Deutschlands. Die WAA wird abgesagt.

Noch verheerender wirkt der GAU in Tschernobyl, gut sieben Jahre später. „Die Hauptbotschaft war am Anfang: Ist doch alles gar nicht so schlimm“, sagt Sailer. „Das Vertrauen in Behörden und Experten haben die Tage nach Tschernobyl komplett zerlegt.“ Zu diesem Zeitpunkt gibt es mit den Grünen schon die erste Anti-Atom-Partei im Deutschen Bundestag. Nun bewegt sich auch die SPD. „Nach Tschernobyl ist nichts

mehr so, wie es war!“, ruft SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel im Mai 1986 in einer turbulenten Bundestagssitzung. Die Atompolitik neu zu überdenken, sei ein „Gebot der Vernunft“. Als SPD und Grüne 1998 erstmals zusammen die Bundesregierung stellen, wird der Atomausstieg eines ihrer wichtigsten Projekte. Im Jahr 2000 schließen sie mit den Atomkonzernen, neben RWE noch Eon, EnBW und Vattenfall, einen Konsens über die schrittweise Abschaltung der AKWs. Es ist der Auftakt zum zähesten Abschnitt der deutschen Atomhistorie: der Abschied.

Union und FDP sind strikt gegen den Ausstieg. 2009 gewinnen sie die Bundestagswahl, 2010 verlängern sie die Laufzeiten. Einige der Betreiber, auch RWE im gelobten Atomkraftwerk Biblis, haben ihre Anlagen mit Tricks und langwierigen Wartungen über die Zeit gerettet. Jetzt bekommen sie einen Zuschlag, im Schnitt um zwölf Jahre. Nur mit Fukushima hatte niemand gerechnet.

Am 17. März 2011, sechs Tage nach dem Tsunami in Japan, der die Reaktorkatastrophe von Fukushima auslöste, befasst sich der Bundestag wieder mit einem Atomunfall. Erneut ist es turbulent. „Die unfassbaren Ereignisse in Japan lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden konnte“, sagt Kanzlerin Angela Merkel. Das verändere die Lage auch für Deutschland. Diesmal endgültig.

Was folgt, sind drei Monate, die letztlich diesen 15. April vorbereiten. In Windeseile wird aus der Verlängerung der Laufzeiten eine Verkürzung, und sieben Atomkraftwerke gehen sofort vom Netz. Dass die Ampelkoalition auf den letzten Metern noch einmal über längere Laufzeiten stritt, dass deshalb die Reaktoren nicht zum Jahreswechsel, sondern erst diesen Samstag die Stromerzeugung einstellen – nach dieser langen Geschichte wirkt es wie eine letzte tückische Winding.

Was er nun denkt, zum Ende dieser Ära? Der Reaktorsicherheits-Experte Sailer stutzt kurz, dann sagt er: „Wir haben auch Glück gehabt.“ Jahrzehntlang sei keinem aufgefallen, dass die Atomkraftwerke auf einen der schwersten Zwischenfälle nicht vorbereitet waren – einen Rohrabriss der Kühlmittelleitung. Der Wasserdruck aus den Rohren hätte deren Isolierung abgerissen, die wiederum hätte die Pumpen für die Notkühlung verstopft. Nur durch einen Zwischenfall in Finnland kam das raus. Inzwischen sei das Problem zwar behoben. „Aber definitiv markiert dieser Samstag das Ende eines Risikos.“

Und Radkau, der Historiker? Anfangs sei er ja noch der Frage nachgegangen, ob es nicht andere, besse-

re Reaktortechnologien geben könnte. „Heute würde ich sagen: Hätte man doch damals auf die Solarenergie gesetzt. Dann stünden wir heute besser da.“

Der Keller, in dem alles begann, ist heute ein Museum.

**„Wenn's schiefgeht, seid ihr schnellstens oben“, sagt der Pfarrer**

**„Wir haben auch Glück gehabt“, glaubt der Atomexperte**